

Ressort: Finanzen

BDA-Präsident Hundt: Arbeitgeber wollen sich in Wahlkampf einmischen

Berlin, 09.01.2013, 16:53 Uhr

GDN - Die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) will sich beim Thema soziale Gerechtigkeit kräftig in den Wahlkampf einmischen. "Das Thema ist auch den Arbeitgebern wichtig", sagte BDA-Präsident Dieter Hundt der "Welt".

"Wir werden uns nachdrücklich in diese Debatte einbringen. Sie darf nicht auf Verteilungsgerechtigkeit reduziert werden", betonte Hundt. Es gehe vielmehr um Bildungsgerechtigkeit, Teilhabegerechtigkeit, Leistungsgerechtigkeit und Generationengerechtigkeit. "Wir müssen zum Beispiel erreichen, dass junge Menschen aus allen sozialen Schichten die gleichen Bildungschancen haben. Da liegt heute die größte soziale Ungerechtigkeit", sagte der Arbeitgeber-Chef. Hundt forderte zudem weitere Sparanstrengungen in den europäischen Krisenländern. "Ich gehe davon aus, dass die Gefahr einer großen, verschärften Krise im vergangenen Jahr reduziert werden konnte", erklärte Hundt. Jetzt sei es aber wichtig, dass die betroffenen Länder in ihren Anstrengungen nicht nachließen. "Auch in Italien und Frankreich müssen die Staatsschulden reduziert, Haushalte konsolidiert und auf der anderen Seite Strukturreformen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit durchgeführt werden, die zu Wachstum und Arbeitsplätzen führen." Für Deutschland zeigte sich Hundt optimistisch: "Wenn die europäische Staatsschuldenkrise nicht zu einem neuen Crash führt, werden wir in etwa eine wirtschaftliche Entwicklung haben wie im Vorjahr und im EU-Vergleich erneut gut dastehen", prognostizierte er. Auch für die Lohnrunden 2013 zeigte sich Hundt gelassen: "Ich bin zuversichtlich, dass wir unsere produktivitätsorientierte, flexible und der wirtschaftlichen Situation in den Branchen angemessene Tarifpolitik fortsetzen. Die Tarifpartner werden Lösungen finden, welche die Voraussetzung dafür bieten, dass wir im globalisierten Wettbewerb weiter erfolgreich sind", sagte Hundt. Natürlich müssten die Tarifpartner "die derzeitige wirtschaftliche Abschwächung berücksichtigen". Überdies bekräftigte Hundt erneut seine Kritik an der Energiewende: "Energie muss sowohl für die Bevölkerung bezahlbar sein als auch der Wirtschaft zu international wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung stehen, wenn wir unsere wirtschaftliche Entwicklung nicht gefährden und Arbeitsplätze in Deutschland sichern wollen. Ich erkenne nicht, dass wir auf dem Weg zu diesem Ziel wirklich vorankommen", so der BDA-Chef. "Bevor wir weitere Kraftwerke abschalten, müssen wir neue Kraftwerke am Netz haben, die uns mit sicherer und umweltverträglicher Energie versorgen, wenn kein Wind herrscht und die Sonne nicht scheint." Einfach darauf zu setzen, dass Deutschland immer mehr Strom aus dem Ausland beziehe, um damit die Kraftwerke zu ersetzen, die abgeschaltet werden sollen, sei weder ökologisch noch ökonomisch ein vernünftiges Konzept, so Hundt. "Deshalb rate ich dazu, den Zeitplan zu überprüfen."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-5495/bda-praesident-hundt-arbeitgeber-wollen-sich-in-wahlkampf-einmischen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA

(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com